

Der US-amerikanische Investigativreporter Seymour Hersh hat seine Rechercheergebnisse zum Anschlag auf Nord Stream 1 und 2 verteidigt. In mehreren Interviews, darunter mit der *Berliner Zeitung* vom Mittwoch und dem US-Internetradio *War Nerd* vom 11. Februar, wies er den Vorwurf zurück, er stütze sich nur auf eine einzige Quelle. Er deutete an, die »eine Quelle« sei ein journalistisches Konstrukt, um der Gegenseite zu erschweren, seine Gesprächspartner herauszufinden. Er habe in seiner über 50jährigen Karriere als Reporter noch nie eine Quelle ins Gefängnis gebracht, aber genau dies drohe den Informanten, wenn er sie offenlege. Gegenüber *War Nerd* fügte er hinzu: »Klar, dass ich mir dafür Ärger einhandle. Das ist mein Job. Und die Mainstreammedien, die mich jetzt angreifen, sollten das Geschäft besser kennen – anders, als sie es jetzt vorgeben.« Die Kollegen des Mainstreams hielten es offensichtlich für Recherche, sich von einem »Presseheim« auf dem Flur etwas zuflüstern zu lassen. Die US-Leitmedien hätten gar kein Interesse mehr daran, der Regierung auf die Füße zu treten, so Hersh.



Seymour Hersh anlässlich der Verleihung des Demokratiepreises im Jahr 2007 in Berlin

Grenzen der Aufklärung

Für den Umgang der deutschen Medien mit der Sache hatte er nur Spott übrig. Auf die Bemerkung des Moderators, die deutsche Presse beginne jetzt, das Thema aufzunehmen, lachte er nur: »Aufnehmen nennen Sie das?«

Seine eigene Rolle bei der Aufklärung des Falls spielte Hersh eher herunter. Die Story eines angekündigten Sabotageanschlags auf lebenswichtige Infrastruktur eines Alliierten der USA habe nach entsprechenden Drohungen des US-Präsidenten Joseph Bidens und der Vizeaußenministerin Victoria Nuland von Anfang 2022 auf der Straße gelegen. »Ich habe doch nur das Offensichtliche dekonstruiert«, sagte er gegenüber *War Nerd*. Den Plan, härter gegen Russland und dessen Gasexporte vorzugehen, habe Biden schon bei seiner Amtseinführung gehabt. Wörtlich sagte Hersh: »Er sah dieses Gas als eine Waffe an und dachte, Russland werde es als Waffe benutzen, wenn wir anfangen ... wenn ein Krieg beginnen würde.« Der (Freudsche?) Versprecher Hershs ist im Original nachzuhören (ab Minute 12,46). Der Moderator ergänzte dies durch den Hinweis, der heutige CIA-Chef William

Hersh legt nach

US-Investigativreporter verteidigt seine Arbeitsweise – und seinen Glauben an die USA. **Von Reinhard Lauterbach**

Burns habe schon 2007, als er Botschafter der USA in Moskau war, an die Zentrale gekabelt, Russland werde in den Krieg ziehen, wenn die USA die Ukraine in die NATO holten. Das sei schon damals eine klare rote Linie gewesen.

Hershs Äußerungen über seine Gesprächspartner und ihre Motivation lassen aber auch die Grenzen seines Aufklärungsinteresses erkennen. Der politische Tenor des Interviews auf *War Nerd* – also primär für ein inneramerikanisches Publikum – war, wie man nur so unendlich dumm sein könne wie die Biden-Administration, garniert mit Bemerkungen darüber, wie »unglaublich wütend« die Menschen in Deutschland auf Biden seien – wovon man aus der Nähe nicht ganz so viel merkt.

Im Interview der *Berliner Zeitung*, immerhin das bisher einzige eines großen deutschen Mediums, sagte Hersh wörtlich: »Der Präsident der Vereini-

ten Staaten möchte lieber, dass Deutschland friert, als dass Deutschland die Ukraine möglicherweise nicht mehr unterstützt, und das ist für mich eine verheerende Sache für dieses Weiße Haus.« Das deutet einerseits an, woher Hersh seine Erkenntnisse mutmaßlich gewonnen hat, zumal er auch geschrieben hat, es habe gerade in der CIA, die vor dem Anschlag gewarnt habe, »viel Ärger und Feindseligkeit« deshalb gegeben. Rivalitäten innerhalb des Dienstes, Verärgerung von Leuten, deren Ratschlag nicht gefolgt wurde – alles geschenkt. Aber ist das plausibel, dass ausgerechnet die mit der »nahesten Arbeit« betrauten Leute von der CIA Mitgefühl mit friedenden Deutschen gehabt haben sollen? Von der politischen Klasse ganz abgesehen, die laut Madeleine Albright seinerzeit kein Problem mit dem Tod von 500.000 Kindern im Irak infolge der Sanktionen gegen das

dortige Gesundheitswesen hatte. Das auszublenden dürfte den mentalen Zustand der in Washington – und auch anderswo – Hirschenden ganz erheblich verhamflösen.

Alle Beteiligten zufrieden

Deren ganz gewöhnlicher Zynismus ist für Hersh lediglich unkluges Verhalten. Zumal es in seinem eigenen Artikel vom 9. Februar am Schluss noch heißt, alle Beteiligten seien nach dem erfolgten Anschlag zufrieden gewesen, dass der Präsident gezeigt habe, dass er »Eier habe«. Im Unterschied zum Bundeskanzler, der Biden seine Drohung in der Pressekonferenz am 7. Februar 2022 kommentarlos durchgehen ließ. Von da an spätestens war klar, dass von der BRD Widerstand gegen den Kriegskurs oder auch nur Distanz ihm gegenüber nicht zu erwarten war.

Netflix will mehr Knete

Streaminganbieter plant Vorgehen gegen gemeinsame Kontennutzung. Umsetzung schwierig

Wer kostensparend fernsehen wollte, musste früher die GEZ prellen. Verschiedene Strategien versprachen Erfolg, bis dem Gebaren durch die Einführung einer nutzungsunabhängigen Pauschale pro Haushalt ein Riegel vorgeschoben wurde. Heute teilt man sich Netflix-Accounts über Haushaltsgrenzen hinweg. Das schmeckt dem US-Konzern mit seinen zuletzt gut 30 Milliarden US-Dollar Jahresumsatz jedoch nicht. Denn in den geschätzt weltweit 100 Millionen rechtswidrig gemeinschaftlich genutzten Zugängen schlummern große Profitpotentiale.

Deswegen will die Konzernführung nun ernst machen und gegen das Konten-Sharing vorgehen. In Kanada, Neuseeland und einigen südamerikanischen Ländern wurden entsprechende Maßnahmen bereits ausprobiert. Nun werden auch in der EU erste Testballons gestartet, und zwar in Portugal und Spanien. Dort werden seit kurzem für die

gemeinsame Nutzung der Accounts zusätzliche Gebühren erhoben – 3,99 Euro pro Monat in Portugal; 5,99 Euro in Spanien. Doch die Maßnahme wird zum Politikum, denn der Konzern kann die Einhaltung seiner Regeln kaum datenschutzkonform kontrollieren.

So muss Netflix, um die neuen Gebühren effektiv einzutreiben, wissen und nachweisen können, wer konkret mit wem seinen Account teilt. Das ist technisch möglich – durch eine Sammlung und Auswertung von Informationen wie IP-Adressen, Geräte-IDs und dem Überwachen von Kontoaktivitäten. Jedoch ist ein solches Vorgehen kaum mit der Datenschutzgrundverordnung der EU in Einklang zu bringen. Verbraucherschützer bereiten schon Klagen vor. Medienberichten zufolge haben in Portugal sozialdemokratische Abgeordnete bereits Anfragen zum Vorgehen von Netflix gestellt und wollen dieses im Parlament zum Thema machen.

Es hat wohl auch mit den hiesigen Datenschutzbefindlichkeiten zu tun, dass erste Maßnahmen gegen die geteilte Nutzung der Zugangsdaten in der BRD und Österreich Ende Januar nur einen Tag nach der Einführung wieder zurückgenommen wurden. An diesem Tag hatte Netflix seinen deutschsprachigen Kunden gedroht, man überwache die Nutzung und werde Konten sperren, sollten diese über Haushaltsgrenzen hinweg kollektiviert werden. Damit hatte der Konzern selbst ein datenschutzrechtlich mindestens fragwürdiges Vorgehen eingeräumt. Die Scheu, sich mit den strengen Behörden in Deutschland und Organisationen wie dem Datenschutzverein NOYB – Europäisches Zentrum für digitale Rechte mit Sitz in Österreich anzulegen, war wohl doch erst mal zu groß.

Doch Netflix gibt nicht auf. Ursprünglich wollte man bis Ende des ersten Quartals weltweit entsprechende Maßnahmen gegen das Accountsharing

etabliert haben, um die eigenen Einnahmen zu steigern. In verschiedenen Weltregionen werden verschiedene Wege ausprobiert: Ständige Verifizierungsaufforderungen an den Kontoinhaber, wenn der Account von einer anderen IP-Adresse aus genutzt wird; Änderungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen; die Notwendigkeit regelmäßiger Logins am Hauptstandort.

Nicht überall sind die Datenschutzhürden so hoch wie in der EU. Doch Konkurrenz gibt es überall, und wenn die Angebote zu unattraktiv beziehungsweise teuer werden, droht Netflix durch die Maßnahmen Kunden zu verlieren, statt sie zur Buchung weiterer Accounts oder der Zahlung zusätzlicher Gebühren zwingen zu können. Nicht ohne Grund hat bislang keiner der Netflix-Wettbewerber ernsthafte Bemühungen gezeigt, gegen das rechtswidrige Accountsharing der eigenen Kundschaft vorzugehen.

Sebastian Edinger

Barley will Moratorium für Spionagesoftware

Strasbourg. Angesichts des Abhörskandals in Griechenland fordert die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Katarina Barley (SPD), ein Moratorium von Spionagesoftware in der EU. »Journalist*innen müssen ihre Arbeit innerhalb der Europäischen Union frei und unbehindert ausüben können. Umso schmerzlicher ist es, dass es innerhalb der EU einzelne Regierungen gibt, die kritische Journalist*innen mit Hilfe von Spionagesoftware ausspionieren«, sagte sie gegenüber *dpa* am Mittwoch. Sie wolle sich daher im Parlament für den Stopp des Einsatzes von Spionagesoftware durch EU-Regierungen einsetzen, bis die nötigen rechtlichen Voraussetzungen festgelegt seien. Der griechische Geheimdienst EYP hat zwischen 2020 und 2022 die Telefone und Handys von Oppositionspolitikern, Ministern und hochrangigen Militärs sowie Journalisten abgehört. (dpa/iW)

Nazizeit: ZDF ändert Angaben zu Intendanten

Mainz. Das ZDF hat aufgrund neuer Recherchen zu Verstrickungen des Gründungsintendanten Karl Holzamer (1906 bis 2007) im deutschen Faschismus die biografischen Angaben auf der Senderwebseite abgeändert. Der öffentlich-rechtliche Sender veröffentlichte am Dienstag zudem eine Untersuchung zum Lebenslauf seines ersten Chefs, der 1962 bis 1977 im Amt war. Das ZDF mit Sitz in Mainz teilte mit, dass der Gründungsintendant »falsche Angaben über seine Biographie während der NS-Zeit gemacht« habe. Holzamer soll etwa eine zeitweilige Zugehörigkeit zur SA schwiegen und seine von 1937 bis 1945 bestehende NSDAP-Mitgliedschaft auf eine 1937 eingegangene und 1939 angeblich selbstständig aufgelöste Anwartschaft reduziert haben. (dpa/iW)

Gericht untersagt »Ärzte-Siegel« von Focus

München. Das Landgericht München hat dem Burda-Verlag die Verleihung und Veröffentlichung von »Ärzte-Siegeln« untersagt, die den Anschein einer neutralen und objektiven Überprüfung erwecken. Damit gab die 4. Handelskammer am Montag der Unterlassungsklage der Wettbewerbszentrale statt. Burda kündigte Berufung gegen das Urteil an. Die Siegel erweckten den Eindruck, dass die als »Topmediziner« oder »Focus-Empfehlung« bezeichneten Ärzte »aufgrund einer neutralen und sachgerechten Prüfung ausgezeichnet wurden und dadurch eine Spitzenstellung unter den Ärzten gleicher Fachdisziplin einnehmen«, erklärte die Kammer. Damit verliefen diese Zeichen in irreführender Weise den Bereich des redaktionellen, wertenden Beitrags und erweckten den Eindruck, es finde eine Bewertung nach objektiven Kriterien statt. (dpa/iW)